



Jugendliche in Deutschland - Opfer einer desinteressierten Gesellschaft?

Pressemitteilung von Diana Golze, 17. März 2009

"Die Ausführungen von KFN-Direktor Christian Pfeiffer und Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble zeigen, dass Erziehung und Bildung aus Sicht des Staates immer noch Privatsache sind. Die Gewaltbereitschaft Jugendlicher allein mit familiären Verhältnissen und überhöhtem Medienkonsum erklären zu wollen, greift indes viel zu kurz", erklärt Diana Golze zur Vorstellung einer Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsens (KFN) über "Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt". Die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

"Kinder und Jugendliche erleben Gewalt im täglichen Leben in sehr unterschiedlichen Formen. Konkurrenz und Wettbewerb in der Ellenbogengesellschaft werden immer härter. Das bedeutet auch eine Verschärfung der Lebenslagen von Jugendlichen und häufig eine Überforderung familiärer und zwischenmenschlicher Beziehungen. Kinder und Jugendliche leben nicht in einer Parallelgesellschaft. In ihrem Handeln und Denken spiegeln sich die

Muster wieder, die sie in ihrem gesellschaftlichen Umfeld vorfinden - und da ist Gewalt allgegenwärtig. Insofern geht die Debatte um ein Verbot Gewalt verherrlichender Medien an den Ursachen vorbei. Er ist nichts als hilfloser Aktionismus.

DIE LINKE kritisiert schon lange, dass die Kinder- und Jugendhilfe mit ihren außerschulischen Bildungs- und Betreuungsangeboten einer Rotstiftpolitik ausgesetzt ist, die sie an den Rand der Handlungsfähigkeit bringt. Jugendhilfe und Schule als Orte des Lernens und Lebens müssen stärker miteinander verknüpft werden. Nur so wird es möglich sein, Kindern und Jugendlichen fachliche, soziale und demokratische Kompetenzen auf der Basis von gewaltfreiem und tolerantem Miteinander zu vermitteln.

Für die Aktiven in den Vereinen, Verbänden und auch in den Jugendämtern muss es wie Hohn klingen, wenn sich Pfeiffer und Schäuble über das Erstarken rechter Jugendstrukturen empören. Es ist die Politik gewesen, die mit ihren umfassenden Haushaltssparmaßnahmen dafür gesorgt hat, dass demokratische Jugendkulturen weggebrochen sind. Das ist der Platz, den Rechtsextreme jetzt einnehmen."